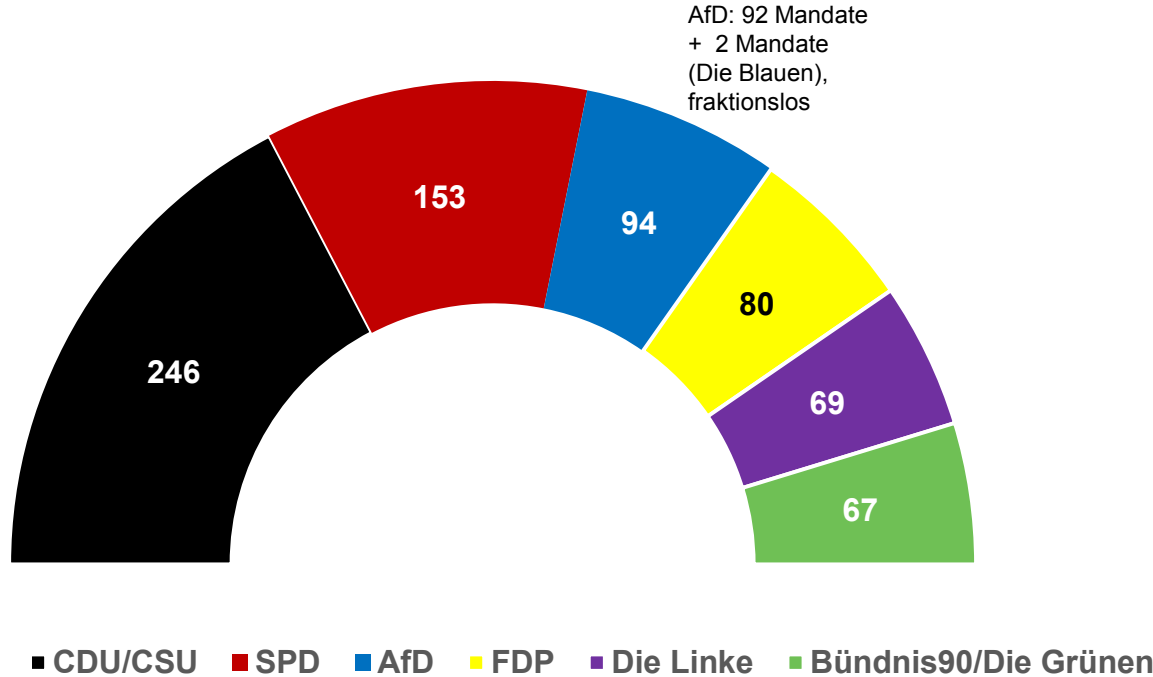


Bericht aus Berlin

Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag

nach BT-Wahl am 24.09.2017

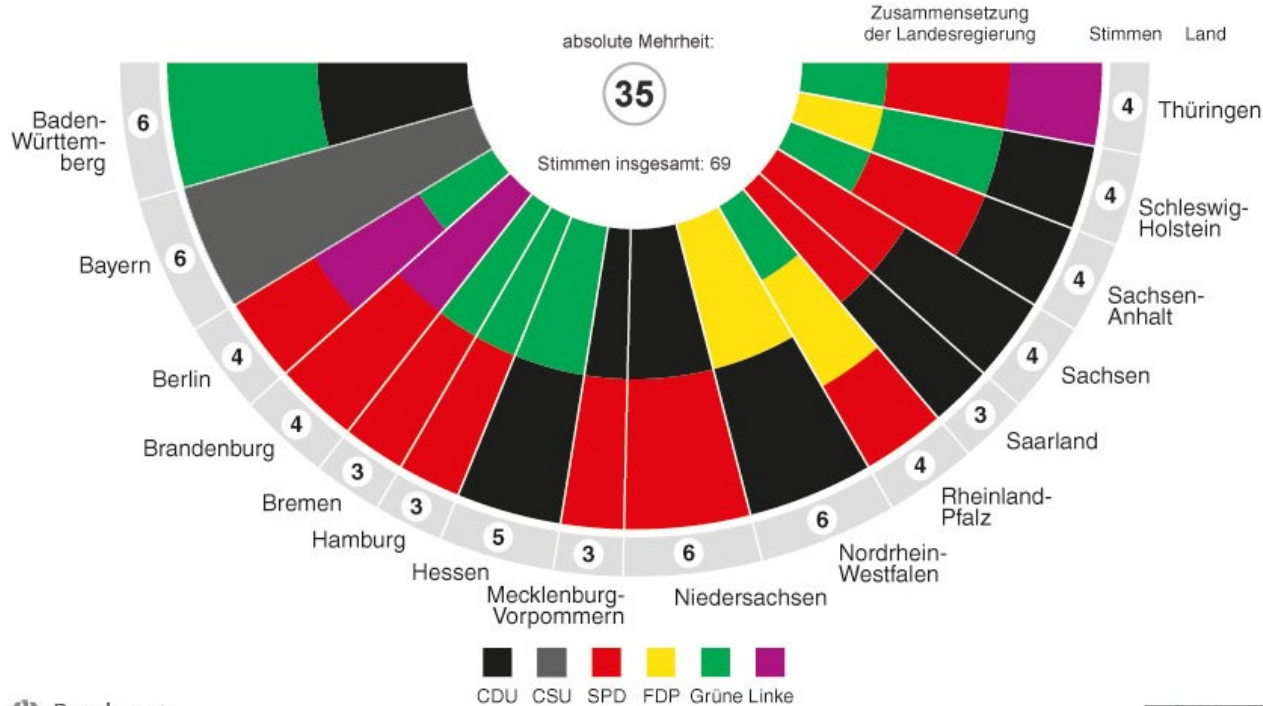


709 Sitze insgesamt
Mehrheit: 355 Sitze
2/3-Mehrheit: 473 Sitze

CDU/CSU/FDP/Grüne: 393

CDU/CSU/SPD: 399

Aktuelle Zusammensetzung des Bundesrates



2/3-Mehrheit:
46 Stimmen

Kurs Richtung „Heimat“

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



Quelle: Henning Schacht/BMI

PSSts Dr. Günther Krings

PSSts Marco Wanderwitz

BM Horst Seehofer

PSSts Stephan Mayer

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs-
und Immobilienunternehmen e.V.

Beamtete Staatssekretäre:

- Gunther Adler
- Hans-Georg Engelke
- Dr. Markus Kerber
- Dr. Helmut Teichmann
- Klaus Vitt

Beschluss am 19.04.2018?

Konstituierung am 25.04.2018?

Wohnungswirtschaft begrüßt Abschluss der Koalitionsverhandlungen am 07.02.2018

Die Wohnungswirtschaft
Deutschland

Bewertung des Koalitionsvertrags
von CDU/CSU und SPD

09.02.2018



47



9



4

Koalitionsvertrag – Bezahlbares Wohnen und Bauen I

Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz



**Beschleunigtes Bebauungsplanverfahren evaluieren, ggf. weiterentwickeln.
Flex. Instrumente für Genehmigungsbehörden (Flächeninspruchnahme) .**



1,5 Mio. Wohnungen und Eigenheime (frei finanziert/öffentl. gefördert)



**Fortführung „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ und der
„Innovationspartnerschaft“. Begleitung der Umsetzung der Vereinbarungen bis 2021.**



**Fortsetzung der Baukostensenkungskommission. Maßnahmen vermeiden, die Wohnen
verteuern. Normen auf Nutzen überprüfen, auf erforderlichen Umfang reduzieren.**



**Harmonisierung des Bauordnungsrechts im Einklang mit Ländern,
insbesondere beim Brandschutz.**



Enquete-Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“



Flächenverbrauch soll bis 2030 auf max. 30 Hektar/Tag halbiert werden.



**Bereitstellung von Grundstücken im beschleunigten Verfahren und zu vergünstigten
Konditionen durch BImA an Länder und Kommunen für soz. Wohnraumförderung**



**Befristete Sonderabschreibung bis 2021 für Errichtung bezahlbaren Wohnraums.
5 % zusätzlich zur linearen Abschreibung über 4 Jahre.**



Koalitionsvertrag – Bezahlbares Wohnen und Bauen II

Eigentumsbildung für Familien unterstützen.
KfW-Bürgschaftsprogramm einführen – 20 Jahre Geltung.
Prüfung eines Freibetrages bei der Grunderwerbsteuer.



Sozialen Wohnungsbau langfristig auf mind. heutigem Niveau verstetigen.
Bund weiterhin in Verantwortung mit den Ländern, falls erforderlich
Grundgesetzänderung. Mind. 2 Mrd. Euro zweckgebunden für 2020/21.



Anpassung des Wohngeldes, Einführung einer Klimakomponente.



Bund nimmt für Beschäftigte die Wohnungsfürsorge verstärkt wahr.



EnEV, EnergieeinsparG und EEWärmeG in Gebäudeenergiegesetz zusammenführen.
Ordnungsrecht entbürokratisieren und vereinfachen.



Aktuelle energetischen Anforderungen gelten fort für Bestand und Neubau.
Quartiersansatz einführen. Prüfung einer Umstellung der Anforderungen
auf CO₂-Emissionen.



Fortführung der Förderung der energetischen Gebäudesanierung –
möglichst viel CO₂ einsparen. Steuerliche Förderung (Zuschuss oder EKSt-Reduzierung).



Engagement von Genossenschaften, kommunalen und kirchlichen Wohnungsunternehmen,
nicht gewinnorientierten Initiativen und Stiftungen für den Neubau und eine
sozialverträgliche Sanierung im Sinne einer Gemeinwohlorientierung unterstützen.



Koalitionsvertrag – Mietrecht

**Durch gesetzliche Mindestanforderungen eine standardisierte Gestaltung qualifizierter Mietspiegel sichern.
Bindungszeitraum von 2 auf 3 Jahre verlängern.
Verlängerung des Betrachtungszeitraums wird geprüft.
Einfacher Mietspiegel soll stärker zur Anwendung kommen in kleineren Städten und Gemeinden**



**Mehr Transparenz bei der Mietpreisbremse – Auskunftspflicht über Vormiete.
Überprüfung der Eignung und Wirksamkeit der MPB bis Ende 2018.
Berücksichtigung der praktischen Bedeutung und der Rechtsprechung.**



**Gezieltes Herausmodernisieren künftig als Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit,
Schadensersatzanspruch für Mieter.**



In Gebieten geltender Kappungsgrenze wird die Modernisierungsumlage auf 8 % abgesenkt. Befristung auf 5 Jahre, Überprüfung am Laufzeitende.



Kappungsgrenze nach Modernisierung: 3 Euro/m²-Wohnfläche innerhalb von 6 Jahren



Koalitionsvertrag – Stadt/Land/Integration I

Städtebauförderung und Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ mind. auf derzeitigem Niveau fortsetzen, flexibilisieren und weiterentwickeln – auch mit Blick auf Förderung strukturschwacher Regionen. Erfolgreiche Modellvorhaben zur ländlichen Entwicklung zügig in Regelförderung überführen.



Grundvereinbarung mit den Ländern neu verhandeln, Verfügungsrahmen verlängern. Beibehaltung als eigenständiges Programm neben den Gemeinschaftsaufgaben.

Bessere Abstimmung von Förderprogrammen und Instrumenten bei der ressortübergreifenden Abstimmung beim Programm Soziale Stadt.



Beteiligung von Bürgern in der Stadtentwicklung stärken.



Sanierung und Herrichtung von Industriebrachen als eigenen Förderschwerpunkt prüfen. Bundesimmissionsschutzgesetz überprüfen, bis 2021 bestehende Hemmnisse bei Brachflächenaktivierung abbauen.



Gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen entwickeln. Strukturschwächen in allen Bundesländern wirkungsvoll bekämpfen.



Einsetzung einer Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, bis Mitte 2019 konkrete Vorschläge. Altschuldenproblematik kommunaler Wohnungsbauunternehmen wird in die Prüfung einbezogen.



Koalitionsvertrag – Stadt/Land/Integration II

Verstetigung des KfW-Programms „Prävention durch Einbruchsicherung“



Einsetzung einer Fachkommission der Bundesregierung zu Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung.



Sicherstellung der Finanzierung zur Entlastung der Kommunen bis 2021.



Regelwerk zur Steuerung von Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.



Integrationskurse weiter verbessern. Anreize für Spracherwerb.



Integrationsgesetz entfristen, Wohnsitzregelung zeitnah evaluieren.



Ehrenamtliche steuerlich entlasten.



**Kommunale Steuerquellen sichern. Neuregelung der Grundsteuer unter
Beibehaltung des kommunalen Hebesatzrechts.
Schaffung einer Grundsteuer C.**



Einführung einer Transaktionssteuer im europäischen Kontext.



**Prüfung, um missbräuchliche Steuergestaltung bei der Grunderwerbsteuer
mittels Share Deals zu beenden.**



**Gemeinsame Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei
Unternehmenssteuern in Europa.**



Prüfung der Abschreibungstabellen zugunsten digitaler Innovationsgüter.



Erhöhung der linearen AfA von 2 % auf 3 % im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen.



Koalitionsvertrag – Digitalisierung/Pflege/Gesundheit

Flächendeckender Ausbau von Gigabit-Netzen bis 2025.

Netzinfrastrukturwechsel zur Glasfaser.

10 bis 12 Mrd. Euro in Gigabitinvestitionsfonds.

Anreize für privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau.

Rechtlich abgesicherten Anspruch ab 01.01.2025 schaffen.



Ausbau der bestehenden Technologieprogramme für anwendungsnahe Forschung

(u. a. Smart Home)



E-Health-Gesetz weiterentwickeln, Aktionsplan bis 2020 mit Maßnahmen.



Ausbau telemedizinischer Leistungen.



Programm „Demografiewerkstatt Kommune“ ausbauen.



Hürden beim Ausbau alternativer Unterstützungs- und Wohnformen beseitigen,

Senioren-genossenschaften stärken.



KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ verstetigen.

Wiedereinführung der Kreditvariante sowie eine finanzielle Unterstützung

des KfW-Programms „Barrierearme Stadt“ prüfen.



Dialogplattform „Smart Cities“ fortsetzen, Modellprojekte fördern.

Bundesprogramm „Smarte Modellregionen“ auflegen (insbesondere für ländliche

Räume und mittlere Städte).



Koalitionsvertrag – Weitere Themen

Rechtlichen Rahmen für ehrenamtliche Betätigung und soziales Unternehmertum und Gemeinnützigkeitsrecht verbessern.



Genossenschaften als nachhaltige und krisenfeste Unternehmensform stärken.



Gelebte Subsidiarität, um Handlungsspielräume von Kommunen und Ländern zu stärken.



Mietrecht:

Mietspiegel,
Modernisierungsum-
lage (Zinsbindung),
Mietpreisbremse

Planungs- und Baubeschleuni- gungsgesetz

Förderung:
energetische
Modernisierung
(Zuschuss, Struktur),
Eigentumsförderung
(Zuschuss), soz.
Wohnraumförderung

Klimaschutz:

GEG, EnEV,
Mieterstrom

Bodenpolitik:

Grundsteuer
insgesamt,
Grundsteuer C,
Vorschläge für
Bodenpolitik

Integration:

Integrationsfähigkeit,
Migration, Anpassung
Soziale Stadt

Ländliche Räume:

Input für geplante Kom-
mission, Entlastung der
Städte, Regionalförderung,
Ersatzneubau, Altschulden,
Steigerung der Attraktivität
der Regionen jenseits der
Metropolen, Gestaltung
Städtebauförderung

Referentenentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes

Ressortabstimmung bis zum 13.04.2018

Neuer Artikel 104d GG:

„Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gewähren.“

Begründung:

Es besteht die Notwendigkeit, deutlich mehr Sozialwohnungen zu bauen, um Versorgungsschwierigkeiten gerade von einkommens- und sozial schwächeren Haushalten entgegenzuwirken.

Die Wohnungswirtschaft
Deutschland



GdW Position

Reform der Grundsteuer

- Positionen des GdW und seiner Regionalverbände
- Ergebnisse der GdW-Datenerhebung in zehn Modellstädten – aktualisiert und ergänzt um das Kostenwertverfahren

Entwurf Stand 06.03.2018

Mündliche Verhandlung zur Grundsteuer beim BVerfG am 16.01.2018.

Verkündung des Urteils am 10.04.2018 – jetziges System ist verfassungswidrig.

Reform bis 31.12.2019 gefordert. Dann Übergangsfrist bis maximal zum 31.12.2024.

Aus Sicht der Wohnungswirtschaft muss eine Grundsteuerreform aufkommensneutral erfolgen und eine Bemessungsgrundlage zu Grunde legen, die ohne hohen Verwaltungsaufwand ermittelbar ist und den Mietwohnungsbereich angemessen berücksichtigt.

GdW spricht sich für ein reines Flächenmodell aus. Proberechnungen durchgeführt.



Laufende Gutachten im Bereich Energie/Klimaschutz

Titel	Ministerium	Zweck Gutachten	Stand
Kurzgutachten zur Frage einer Ergänzung oder Umstellung des Anforderungssystems	BMWi	GEG	Entwurf liegt vor. BMWi lädt Verbände vor Fertigstellung ein.
Untersuchung zu Primärenergiefaktoren	BMWi	GEG	Entwurf liegt vor. BMWi lädt Verbände vor Fertigstellung ein.
Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen / Flexibilisierungsoptionen	BMWi	GEG	Entwurf liegt vor. BMWi lädt Verbände vor Fertigstellung ein.
Flexibilisierung von Bestandssanierungen durch Quartiersansätze	BMUB / B	GEG	Ergebnisse nicht vor Mitte 2018
Differenz Bedarf/Verbrauch	BMUB / B	GEG	Bericht Ende April 2018 erwartet
Untersuchung von Nachweisverfahren - Simulation statt DIN?	BMUB / B	GEG	
Mögliche Optionen für eine Berücksichtigung von grauer Energie im Ordnungsrecht oder im Bereich der Förderung	BMUB / B	GEG	Entwurf liegt vor.
Zielerreichung 2030 im Gebäudesektor	BMWi	Nationaler Energie- und Klimaplan NECP	Entwurf liegt im BMWi, Verbände werden demnächst eingeladen.
Wissenschaftliche Unterstützung Klimapolitik und Maßnahmenprogramm 2018	BMUB / KI	Maßnahmenpaket laut Klimaschutzplan 2015	Projekt läuft Oktober 2017 bis November 2018
Folgenabschätzung zu den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgewirkungen der Sektorziele für 2030 des Klimaschutzplans 2050 (Impact Assessment)	BMUB / KI	Untersetzung Klimaschutzplan 2015	Projekt läuft Oktober 2017 bis November 2018, Rahmendaten für die Folgenabschätzung werden nach Ressortabstimmung den Verbänden zur Verfügung gestellt
Datengrundlagen im Gebäudebereich / Kurzexpertise	BMUB / KI	Klimaschutzplan	Bericht vorgestellt bei UAG 3 am 14.02.18
Konzeption einer Investitionszulage für energetische Gebäudesanierungen	BMUB / SW	Energiewende allg. / soziale Umsetzung	Folienpräsentation mit 4 Varianten bei UAG 1, am 23.02.18
Abrechnung von erneuerbarem Mieterstrom als umlagefähige Betriebskosten	BMUB / SW	Energiewende allg. / soziale Umsetzung	Fazit vorgestellt bei Innovationspartnerschaft, UAG 1, am 23.02.18, BMUB prüft Versendung Gutachten an Verbände
Bepreisung von Wärme und Warmwasser aus erneuerbaren Energien, ohne dass Wärmelieferung durch Dritte vorliegt	BMUB / SW	Energiewende allg. / soziale Umsetzung	Fazit vorgestellt bei Innovationspartnerschaft, UAG 1, am 23.02.18, BMUB prüft Versendung Gutachten an Verbände

Europäische Energiepolitik – Überblick Verfahrensverlauf EPBD / EED / RED

Winterpaket Saubere Energie

Kommissionsvorschlag vom 30. November 2016

Darunter zahlreiche Verordnungen und Richtlinien

Zentral von wohnungswirtschaftlicher Bedeutung:

- Richtlinie zur Gesamtenergie von Gebäuden (EPBD)
- Energieeffizienz-Richtlinie (EED)
- Richtlinie zur Erneuerbare Energien (RED)

Richtlinie	EED	RED	EPBD
Verfahrensstand	Trilog (Rat/ Parlament/ Kommission) (3. Trilogrunde: 16.05./ ggf. weitere)	Trilog (Rat/ Parlament/ Kommission) (3. Trilogrunde: 17.05./ ggf. weitere) 27.03. vorläufige Einigung	Abstimmung in Parlament 17.04. Rat (voraussichtlich) 7.- 8.06.
Inkrafttreten	20 Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt	01.01.2021*	20 Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt
Umsetzung in den Mitgliedstaaten	Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften <i>12 Monate nach dem Inkrafttreten um.*</i>	01.01.2021*	Bis 20 Monate nach Inkrafttreten

* Aktuelle Vereinbarungen, jedoch im Rahmen der Trilog Verhandlungsmasse

**GdW Bundesverband deutscher Wohnungs-
und Immobilienunternehmen e.V.**



Energiepolitische Diskussion am 26.09.2017
im Europäischen Parlament mit 80 Teilnehmer/innen

Welche Folgen hätte eine vom EU-Parlament angestrebte Sanierungsrate von 3 % gehabt?

Bei Umsetzung für...	Anzahl WE	Mehrinvestition *
...die Bestände aller kommunalen WU	2,3 Mio	1,38 Mrd. EUR p.a.
...den gesamten Bestand an gefördertem Wohnungsbau in Deutschland („social housing“)	1,4 Mio <small>(davon 0,84 Mio bei WU und 0,56 Mio. sonst)</small>	0,84 Mrd. EUR p.a.
...die Bestände aller kommunalen WU einschließlich aller anderen geförderten Wohnungen	2,86 Mio	1,72 Mrd. EUR p.a.

Zum Vergleich: Die Investitionen aller kommunalen und öffentlichen Wohnungsunternehmen für Modernisierung insgesamt in Deutschland lagen im Jahr 2016 bei 1,27 Mrd. EUR.

* Berechnung: Zusätzlich 2 % Sanierungsrate (additiv zu 1 % Status Quo), 30.000 EUR pro WE

Definition Kleiner und Mittlerer Unternehmen (KMU)

Energieaudits für öffentliche Wohnungsunternehmen

Etwa 700 kommunale und öffentliche Wohnungsunternehmen in Deutschland werden europäisch nicht als KMU eingestuft:

- keine KMU wenn mindestens 25% Kapital / Stimmrechte in öffentlicher Hand;
- bei Kriterien (Größe, Umsatz, Bilanz) und Rechtsform in nahezu allen Fällen konform;
- bei Belegschaft und Finanzdaten fehlende Abgrenzbarkeit sowie weitere Vorteile unterstellt.

□ In der Folge ergeben sich Mehrkosten, stärkere ordnungsrechtliche Regulierung (Energieaudits) sowie der Ausschluss aus verschiedensten Förderwegen.

Der GdW hat die bestehende KMU-Definition der Europäischen Union wiederholt stark kritisiert und zusammen mit dem CEEP interessenpolitisch intensiv auf eine Anpassung der KMU-Definition hingearbeitet:

- Europäisches Parlament mit Anfrage an die EU-Kommission bzgl. Energieaudits in 2015
- Parlamentarische Veranstaltungen Januar 2017

Intensives Lobbying hin zu Kommission und Parlament.

Gespräch mit Frau Spiegeleerd, EU-Kommission, am 06.03.2018

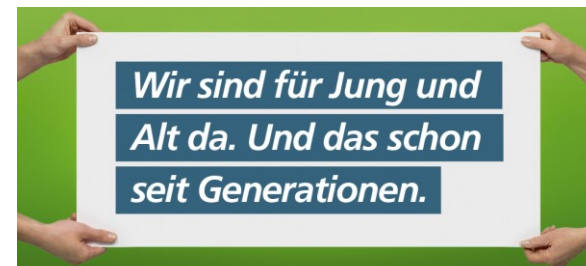
Zeitplan der europäischen Institutionen:

- Kommission veröffentlichte Fahrplan zur Revision der KMU-Definition am 8.06.2017;
- Offizielle, offene Online-Konsultation läuft bis 06.05.2018;
- Empfehlungen zur Definition von KMU werden bis Q1/2019 erarbeitet.

10 Fakten zum Wohnen jenseits der Metropolen

Boomende Großstädte vs. ländlicher Raum?

- Fakt 1:** Großstädte nicht für alle sexy
- Fakt 2:** Die Bevölkerung wächst, aber nicht überall
- Fakt 3:** Deutschland zieht um
- Fakt 4:** Landlust der Familien nimmt wieder zu
- Fakt 5:** Die Mehrheit lebt in Dörfern und kleineren Städten
- Fakt 6:** Der Mensch lebt nicht vom Brot allein
- Fakt 7:** Lahmes Internet – Turbo für die Landflucht
- Fakt 8:** Raum für Innovation
- Fakt 9:** Kein Dorf ohne Kern
- Fakt 10:** Rückbau weiterhin auf der Agenda



Die Bevölkerung wächst, aber nicht überall

Die Bevölkerungszahl Deutschlands steigt seit 7 Jahren. Die Wachstumsschwäche der Jahre zuvor (2003–2010) ist seitdem überwunden.

Heute leben in Deutschland fast 2,5 Mio. mehr Menschen als noch 2010. Und knapp 28 % aller Kreise weisen eine deutlich wachsende Bevölkerungszahl auf.

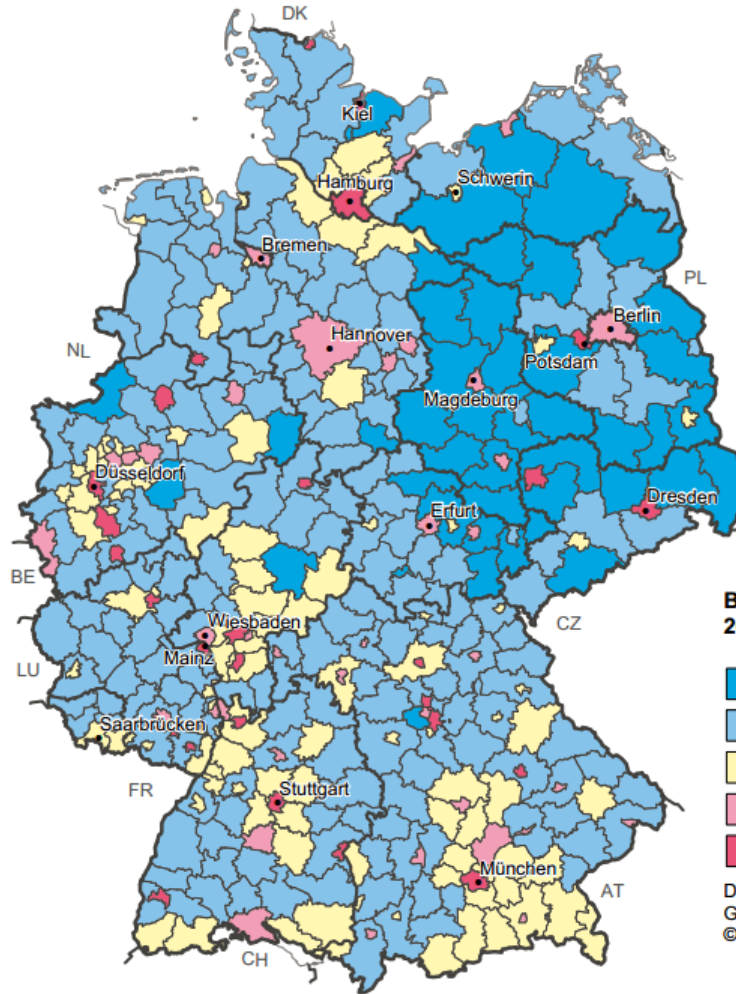
Aber gut die Hälfte aller Kreise in Deutschland verliert immer noch Einwohner.

192 Kreise:
Wachstum
mehr Einwohner
als 2008



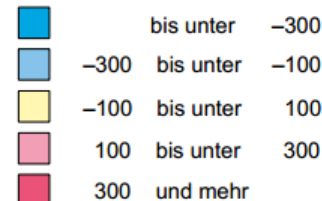
210 Kreise:
Schrumpfung
weniger Einwohner
als 2008

Bildungs- und Berufswanderung

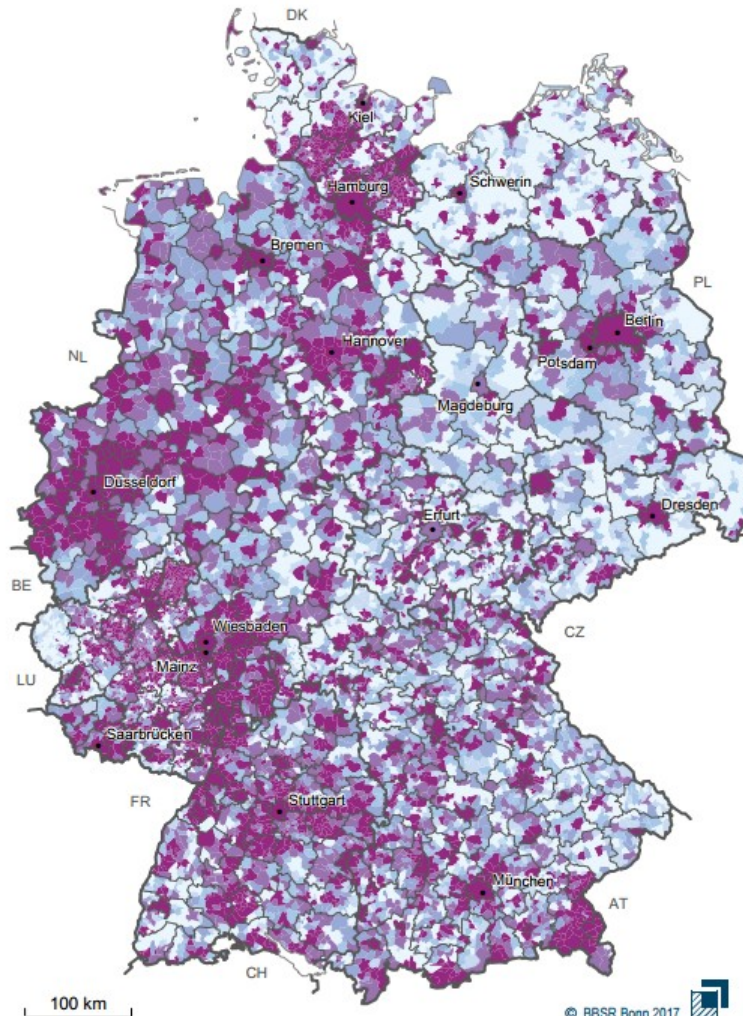


**Altersgruppe wandert 3-mal
so häufig wie der Durchschnitt.**

Binnenwanderungssaldo der 18- bis unter 30-Jährigen 2006 bis 2014 je 1.000 Einwohner der Altersgruppe

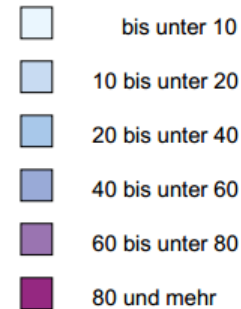


Datenbasis: Laufende Raumbewachung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2014
© BKG/GeoBasis-DE



Breitbandversorgung mit 50 Mbit/s

Anteil der Haushalte in Prozent, die im Dezember 2016 mindestens mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s versorgt werden konnten



Datenbasis: BMVI, TÜV Rheinland
Geometrische Grundlage: Gemeinden (generalisiert),
31.12.2014 © GeoBasis-DE/BKG

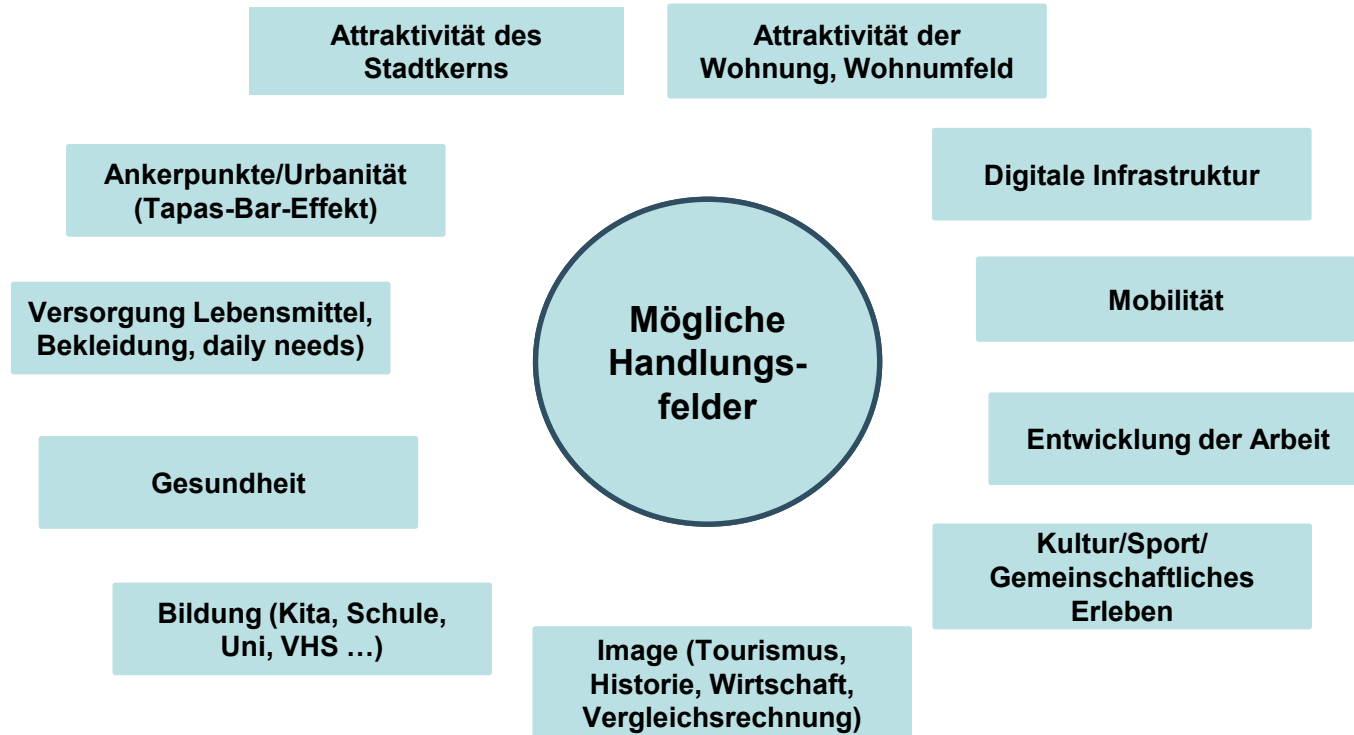


Stärkung der schrumpfenden bzw. strukturschwachen Regionen



- **Auftaktworkshop am 28.02.2018 in Dessau-Roßlau und am 18.05.2018 in Düsseldorf**
- **Vielfalt der Standortbedingungen, Chancen und Ansatzpunkte für neue Lösungen und gute Beispiele** sowie **Hemmnisse** in den Wohnungsmärkten herausarbeiten und bewerten.
 - **Zusammenführung der Ergebnisse** aus den Workshops, Reflexion und **Erfahrungsaustausch** mit Fachexperten
- **Übergreifende Dokumentation** der Erkenntnisse und Ableitung von **Empfehlungen und Forderungen in Richtung Politik** hinsichtlich Strategien zur Attraktivitätssteigerung

Mögliche Handlungsfelder für die Wohnungswirtschaft



Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ – bis Mitte 2019 konkrete Vorschläge

Positionspapier „Wohnen jenseits der Metropolen“

Bestandsaufnahme

Was macht die Wohnungswirtschaft?

Hemmnisse

Erste Vorschläge und Forderungen

Ziel: Gleichwertige Lebensverhältnisse

- Initiative D21 – GdW beteiligt sich („Digitalisierungsindex“)
- Tagung der Fachausschuss-Vorsitzenden zur Koordinierung des Themas
- Durchführung einer Umfrage (Analyse&Konzepte)

Neuaufgabe der Wohn- und Unternehmenstrends sowie Studie zum Zusammenleben im Quartier.

Mit den Studien „Unternehmenstrends 2020“ aus dem Jahr 2011 und "Wohntrends 2030" aus dem Jahr 2012 wurden letztmalig vor sechs Jahren zentrale Entwicklungslinien und Trends in der Wohnungswirtschaft vorgestellt.

In Planung sind folgende Untersuchungen:

- **Wohntrends 2035** – Veröffentlichung zum Tag der Wohnungswirtschaft im November 2018
- **Unternehmenstrends 2025** – Veröffentlichung zum Wohnzukunftstag im Juni 2019
- **„Zusammenleben im Quartier“** – Veröffentlichung erster Ergebnisse bereits für November 2018 geplant.

Was wäre Deutschland ohne uns

Wir geben 13 Millionen
Menschen
ein gutes und sicheres
Zuhause – mit
guten Nachbarschaften.

Die Wohnungswirtschaft
Deutschland

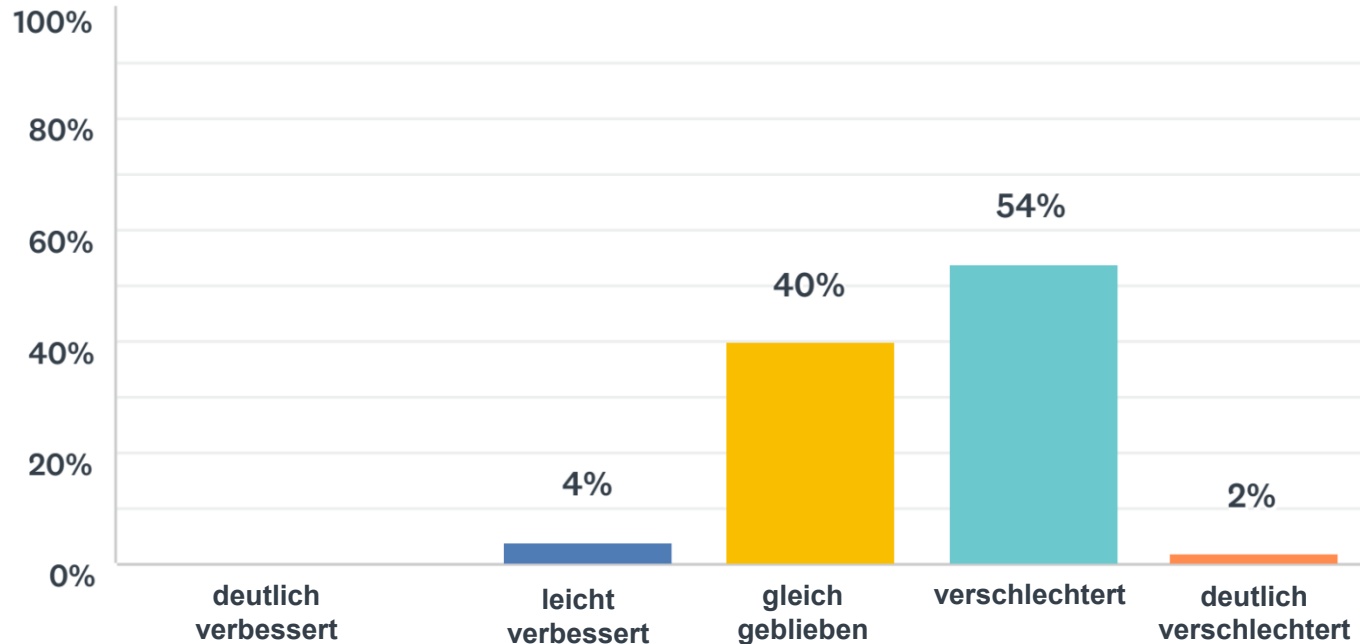


Studie „Herausforderung: Zusammenleben im Quartier“

- Auftrag aus Vorstandssitzung vom 18.01.2018.
- Minor-Wissenschaft Gesellschaft mbH beauftragt am 26.02.2018 für Erstellung der Studie.
- GdW-Gremienbefragung im März erfolgt zur Vorbereitung der Studie.
- 1. Workshop für den 25.04.2018 geplant zur Vorbereitung der Online-Erhebung.
- Vertiefende Fallstudien und Interviews.

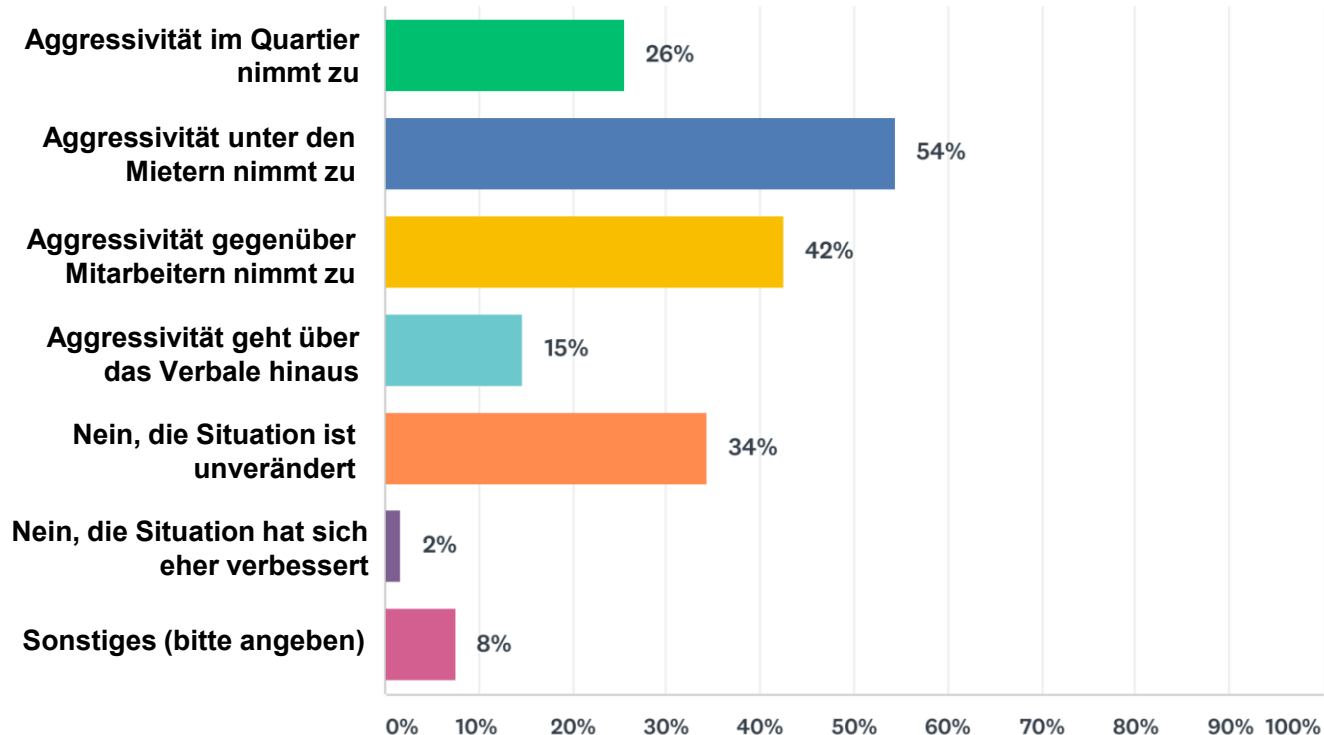
Projektablauf	Jan.	Feb.	Mar.	Apr.	Mai	Jun.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Vorarbeiten			█									
Fragebogenentwicklung und Online-Befragung					█							
Workshops						█						
Vertiefende Fallstudien							█					
Ergebnisbericht									█			
Präsentation der Ergebnisse											█	

GdW-Gremienbefragung 2018: Hat sich das nachbarschaftliche Miteinander im Vergleich zu vor 5 Jahren verändert?



GdW-Gremienbefragung 2018: Stellen Sie eine zunehmende Aggressivität in Ihren Wohnquartieren fest?

Mehrfachnennungen möglich



GdW-Gremienbefragung 2018

Welche Instrumente/Maßnahmen werden benötigt, um das Zusammenleben im Quartier in den nächsten Jahren erfolgreich zu managen?

